

Bezugspreis:

3 wöchentlich 30.-, 12 wöchentlich 10.-, 3 Monate 30.-, 6 Monate 60.-, 1 Jahr 120.-

Telegraphische Adressen:

„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Donnerstag, den 11. November 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Ultimatum des Magistrats.

Die streikenden Elektrizitätsarbeiter haben heute nacht eine Urabstimmung über den Abbruch des Streiks begonnen...

Der Magistrat hat den Streikenden ein Ultimatum gestellt, das heute um 2 Uhr nachmittags abläuft...

Die Drahtzieher, die sich gelagert haben, setzen alles daran, um zur Rache hier und dort wilde Streiks zu entfachen...

Nur durch ein rasches, geordnetes Abbrechen des Streiks können noch schlimmere Schädigungen der Nachbarteilhaber und der ganzen Arbeiterbewegung vermieden werden...

Der Magistrat greift ein.

Der Magistrat sieht sich mit Rücksicht auf die durch den Streik hervorgerufene Bedrohung des allgemeinen Wirtschaftslebens...

1. Die Arbeiter und Angestellten der städtischen Elektrizitätswerke werden aufgefordert, ihren Dienst nach den Anweisungen der Direktion in vollem Umfange spätestens bis Donnerstag, den 11. November, nachmittags 2 Uhr, aufzunehmen...

2. Die Direktion der städtischen Elektrizitätswerke wird beauftragt, diejenigen Arbeiter und Angestellten, welche zur Durchführung des Streiks an Maschinen, Anlagen oder Einrichtungen Handlungen vorgenommen haben...

Die Direktion der städtischen Elektrizitätswerke wird ferner beauftragt, solche Arbeiter und Angestellte, gegen welche nach den bisherigen Ermittlungen Tatsachen vorliegen, aus denen zu schließen ist, daß sie eine der unter Ziffer 2 angegebenen Handlungen begangen haben...

Auf Grund dieses Magistratsbeschlusses hat der Reichsminister des Innern für heute die Durchführung der auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten beschlossenen Maßnahmen ausgesetzt.

Urabstimmung der Elektrizitätsarbeiter.

Die Funktionäre der streikenden Elektrizitätsarbeiter nahmen gestern erneut zur Lage Stellung. Alle anwesenden Gewerkschaftsvertreter, auch die unabhängigen, rieten zum Streikabbruch...

Den Bemühungen des Hauptvorstandes der Maschinen- und Heizer ist es in der heutigen Funktionärssitzung der Streikenden gelungen, den Antrag durchzubringen, daß über die letzten Zugeständnisse des Magistrats...

Nach der Auslegung des Schiedsspruches in der Sitzung des Einigungsamts am Sonnabend, den 6. November, erhalten die Elektrizitätsarbeiter zu den bisherigen Bezügen für Sonntags- und Nachtarbeit eine Zulage von 50 Pf. pro Stunde...

Ueber dieses Angebot soll nunmehr abgestimmt werden, da hierüber bisher noch keine Abstimmung erfolgt ist. Der Verbandsvorstand fordert hiermit alle Kollegen auf, an der Abstimmung teilzunehmen...

Ueber dieses Angebot soll nunmehr abgestimmt werden, da hierüber bisher noch keine Abstimmung erfolgt ist. Der Verbandsvorstand fordert hiermit alle Kollegen auf...

Erklärung der Gewerkschaftskommission.

Die Berliner Gewerkschaftskommission erklärt zu der Verordnung des Reichspräsidenten folgende Erklärung: In dem schwebenden Lohnkampf zwischen den städtischen Arbeitern und dem Magistrat Berlin greift die Regierung durch die gestern veröffentlichte Verordnung des Reichspräsidenten ein...

Nachdem von den städtischen Arbeitern die Notstandsarbeiten in weitestgehendem Maße ausgeführt worden sind und noch werden, liegt um so weniger Veranlassung vor, in dem wirtschaftlichen Kampf zwischen den städtischen Arbeitern und dem Magistrat Berlin einzugreifen...

Wir müssen aber schon jetzt gegen die Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten aufs schärfste protestieren, da sie gegen das in der Verfassung gewährleistete Koalitionsrecht einer Gruppe der Arbeiterschaft verstoßt. Der Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission hat im Verein mit dem allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund gestern bereits bei der Reichsregierung Schritte gegen diese Verordnung unternommen...

Verstärkte Notstandsarbeiten in Charlottenburg.

Gestern vormittag fand eine Versammlung der Charlottenburger städtischen Gasarbeiter statt, an der auch zahlreiche Arbeitslose teilnahmen. Nach längeren Verhandlungen unter Mitwirkung des Polizeipräsidenten Richter erklärten sich die Gasarbeiter bereit, verstärkte Notstandsarbeiten auszuführen...

Die ersten revolutionären Taten.

Die von unerantwortlicher Seite seit einigen Tagen mit großem Eifer betriebene Generalstreikpropaganda hat bisher den einen Erfolg gehabt, daß es zu Unsitte gekommen ist. Man hat es verstanden, arme Arbeitslose, die auf Grund ihrer trostlosen wirtschaftlichen Lage an sich schon in einer sehr verzweifelten Stimmung sind, zu miß-

brauchen. Wir meldeten schon gestern abend, daß in das Verwaltungsbureau des Deutschen Metallarbeiterverbandes eine Anzahl von A.P.D. und Arbeiterunion-Leuten eindrang, um die Verwaltung zur Proklamierung des Generalstreiks zu zwingen...

Leider ist dieser Zwischenfall nicht der einzige des gestrigen Tages geblieben. In der Mittagsstunde drangen an verschiedenen Stellen Arbeitslose in Betriebe ein, in denen gearbeitet wurde, um die Arbeiterchaft zum Streik aufzufordern. Wie schon in einem Teil der letzten Abendausgabe berichtet, drang eine größere Anzahl fremder Arbeiter in die Gasanstalt IV in der Danziger Straße ein...

Zur selben Zeit drangen etwa 150 Personen in die Charlottenburger Elektrizitätswerke ein und verhiinderten die Arbeiter an der Weiterarbeit. Als Sicherheitspolizei erschien, säuberten die Demonstranten.

In den Bergmann-Werken in Reinickendorf-Rosenthal sah sich die Arbeiterschaft ebenfalls auf Grund des von 4. bis 30. eingedrungnen Personen ausgeübten Terrors veranlaßt, den Betrieb zu verlassen. Sie erklärte jedoch, heute die Arbeit wieder aufnehmen zu wollen.

Auch die Firma Ludwig Loewe erhielt um 11 Uhr vormittags den Besuch von tausend Arbeitslosen, denen sich eine große Anzahl von streikenden Straßenbahnern in Uniform angeschlossen hatte. Die Demonstranten verlangten von den Heizern der Kraftzentrale dieser Firma den sofortigen Eintritt in den Streik...

Wir haben schon oft die Arbeitslosen davor warnen müssen, sich von unerantwortlichen Elementen verheßen und zu deren dunklen politischen Zwecken mißbrauchen zu lassen. Leider sind diese Warnungen immer erfolglos geblieben. Die Arbeitslosen mögen bedenken, daß sie durch solche Gewaltakte ihre Lage keineswegs verbessern, sondern sich höchstens die in der Bevölkerung für sie noch herrschenden Sympathien verschärfen und unter Umständen ihr Leben einlegen für Interessen, die nicht die ihren, sondern die einer handvoll machthungriger Schreier sind...

Streik-Interpellation im Reichstage?

Der Berliner Elektrizitätsstreik mit seinen verschiedenartigen Folgeerscheinungen wird, wie das Stinnes-Organ „Deutsche Umschau“ meldet, auch im Reichstag ein Kapitel haben. Bei der Haushaltsberatung wird die Frage der obligatorischen Sühnungsausschüsse und des Schuges der Arbeitswilligen eingehend erörtert werden, ebenso die Frage des Schuges gegen kommunistische Gewaltmaßnahmen, wie sie angedroht worden sind.

Man hat es hier schon mit einem Versuch der Stinnes-Partei, den Erlaß des Reichspräsidenten zum Schuge privatarbeitlicher Betriebe auszunutzen, zu tun, wogegen wir schon im letzten Abendblatt rechtzeitige Maßnahmen forderten.

Soll nicht verhaftet! Die Nachricht von der Verhaftung des Kommunisten Sahl trifft nicht zu, ebenso wenig wie die, daß er sich zurzeit in Magdeburg befindet.

Neue Regierung Groß-Thüringens.

Weimar, 10. November. Heute abend wurde nach fünfständiger, zum Teil erregter Debatte, die Regierungsbildung für Thüringen vollzogen. Gewählt wurde die sozialdemokratische Liste mit Hilfe der 4 Demokraten und der 11 Unabhängigen; die Kommunisten verhielten sich neutral, die verbleibenden Rechtsparteien stimmten dagegen. Die neue Regierung für Thüringen setzt sich zusammen aus den Herren: Dr. Paulsen (Demokrat), Dr. Benz und von Brandenstein (parteilos), Krählich (Soz.), als Staatsrath wurden gewählt Hartmann-Rudolfsstadt (Soz.), Dr. Bielefeld-Sonderhausen und Frei. Krüger-Gotha (Demokraten). Die Einsetzung der Ministerien erfolgt in einer der nächsten Sitzungen.

Die Sowjet-Lokomotiven.

Erklärung Wigdor Kopp.

Der Berliner Sowjetvertreter, Wigdor Kopp, sendet dem U. B. Bureau eine lange Erklärung zum Kapitel „Sowjet-Lokomotiven“ („Vorwärts“-Abendblatt v. 5. d. M.), die wir wörtlich nicht wiedergeben können, da uns der wilde Streif der Kopp-Genossen zu Einschränkungen nötigt. Herr Kopp erzählt darin, daß die Deutsche Defonomiegesellschaft, wie er sagt: die „Firma Regien“, 2 Proz. Provision verlangt habe, was den Betrag von 40 Millionen Mark ausmachte. Das ist richtig. Herr Kopp verschweigt nur, was die Deutsche Defonomiegesellschaft ist.

Diese Gesellschaft ist mit einem Kapital von 5 Millionen Kronen von den schwedischen und dänischen Gewerkschaften gegründet. Genosse Regien ist dem Namen nach Teilhaber, das auf seinen Namen gezahlte kleine Kapital ist aber vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund eingezahlt und wird diesem verzinst. Ähnlich verhält es sich mit dem Anteil des schwedischen Bankiers Madsberg. Weder Regien noch ein anderer Gewerkschafter war persönlich auch nur mit einem Pfennig an der Sache interessiert. Die ausbedungene geschäftliche Provision sollte restlos der deutschen Arbeiterschaft zugute kommen, ebenso hätten die Gewerkschaften bei Abschluß des Geschäfts durch die Defonomiegesellschaft Einfluß auf die Arbeitsbedingungen erlangt, unter denen die Lieferungen vollzogen werden sollten.

Der Allgemeine Gewerkschaftsbund hat also darauf hingearbeitet, daß die Vorteile der in Aussicht gestellten Lieferungen unter Ausschaltung privatkapitalistischer Interessen den Arbeitern zugute kommen sollten. Die Vertreter der Sowjetregierung haben es indes vorgezogen, mit den Privatfirmen direkt zu verhandeln. Ob jemand außer diesen Privatfirmen Vorteil davon hat, wissen wir nicht, daß Rußland dabei billiger wegzukommen glaubt, wissen wir nicht, daß die deutschen Arbeiter geschädigt sind, wissen wir nicht. Die Erbitterung der deutschen Gewerkschaften über die antiozialen, privatkapitalistische Handelspolitik der Sowjetleute ist daher begründet und berechtigt.

Bandenüberfälle in Braunschweig.

Arbeit von Lockspitzeln?

Braunschweig, 10. November. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) In dem braunschweigischen Orte Lennepe ist in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch von einer bewaffneten Bande in der gleichen Weise, wie in der vorigen Woche in Braunschweig ein Überfall veranlaßt worden. Selbstverständlich war auch diese Bande vollkommen mit der Verlichkeit vertraut und suchte nur das Postamt auf, um dem sie sich unter Waffendrohung die Postkasse von 27 000 Mark herausgeben ließ. Die Gleichartigkeit dieses Überfalls mit dem auf Braunschweig ergibt ein eigenartiges Bild. Hier wie in Braunschweig traten die Banditen ihre Schritte nur zu einem staatlichen Gebäude. In Braunschweig z. B. versuchten sie die braunschweigische Staatsbank zu überfallen, während sie gar nicht den Versuch machten, ein dazwischen gelegenes Kaufhaus, das vollkommen unbewacht war, zu überfallen. In Lennepe wie in Braunschweig wurde die Telefonleitung von sachkundiger Hand durchschnitten. In Lennepe wie in Braunschweig verlassenden die Banditen, ohne eine Spur zu hinterlassen. In Braunschweiger Arbeiterkreisen besteht die Vermutung, daß es sich in beiden Fällen um eine Lockspitzelmaschine handelt, um der braunschweigischen sozialistischen Regierung Knäpfe zwischen die Beine zu werfen, bzw. die braunschweigische Polizei, die unter der Leitung eines Genossen steht, in Mitleidenschaft zu ziehen. Diese Auffassung ergibt sich auch aus dem Studium der braunschweigischen Reichspressen, die diesen Fall benutzt, um gegen die Ausbildung der Einwohnerwehren und die von dem braunschweigischen Landeskommissar sehr energisch betriebene Entwaffnung der Bauern und Grundbesitzer Stellung zu nehmen. Die ganze Art, wie die beiden Überfälle durchgeführt wurden, bestätigt auch nach der Ansicht von Kriminalisten, daß sie nicht von gewerkschaftlichen Banditen ausgeführt wurden.

Noch einmal das gleiche Muster.

Braunschweig, 10. November. Als gestern Abend von der Konjunkturkommission ein größerer Geldbetrag beim dortigen Postamt eingeholt worden war und der Ueberbringer des Geldes das Postgebäude verlassen hatte, drangen plötzlich etwa sieben maskierte Männer in den Dienstraum des Postamtes ein, hielten der Schalterbedienten einen Revolver vor und raubten die gesamte Kasse im Betrag von etwa 17 000 M. Vor dem Ueberfall hatten die Räuber sämtliche Telefonleitungen abgedrückt.

Der „Wanderklub“ vor Gericht.

Kassel, 10. November. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Das Sondergericht im Bereich des Reichswehrgruppenkommandos 2 zu Kassel trat am Montag, den 8. November, zum erstenmal in Tätigkeit. Den Vorsitz führte Landgerichtsrat Gaudemann, als militärische Beisitzer waren ein Major und ein Rittmeister des Reichswehrgruppenkommandos 2 zugezogen. Die Anklage wurde durch Staatsanwalt Dr. Meyer-Berlin vertreten. Angeklagt sind drei Arbeiter aus Dörfelshausen. Die Anklage wirkt allen dreien vor, es unternommen zu haben, ohne Genehmigung der zuständigen Dienststelle Personen zu einem Verband militärischer Art zusammenzuschließen und an diesem Verband teilzunehmen zu haben. Die Anklage beruht auf folgenden Ermittlungen: In verschiedenen Dörfelshausener Betrieben wurden im Sommer dieses Jahres sogenannte Wanderklubs gebildet, so auch unter der Begehrtheit des in der Zwickshausener Dörfelshausener untergeordneten Müllergabelagers, wo sich im Juli 1920 der Wanderklub „Einigkeit“ bildete. Es traten etwa 25 Personen bei. Der Klub sollte zunächst den Zweck haben, die Belegschaft zusammenzuschließen durch gemeinsame Ausflüge, Turnen usw. Der Angeklagte Lehner wurde zum Führer gewählt. Die Anklage wirkt Lehner vor, mit den Angehörigen des Klubs auch militärische Übungen u. a. auch regelrechtes Exerzieren veranstaltet zu haben, allerdings ohne Waffen. Die Lehner zugab, daß der Wanderklub „Einigkeit“ ein korporatives Mitglied eines gleichnamigen Wanderklub-Verbandes im Dörfelshausener Bezirk gewesen sei. Diese Wanderklubs hätten den Zweck verfolgt, die Diktatur des Proletariats selbst unter Anwendung von Gewaltmitteln zu verwirklichen. Der dritte Angeklagte wird beschuldigt, unter den Mitgliedern der Belegschaft Feuerwaffen gesammelt und in einem Speiseraum des Werkmeisterzimmers verborgen zu haben. Der Beschlagte bestreitet dies und will die Waffen gesammelt haben, um sie später an die zuständige Behörde abzuliefern, auch habe er die gesammelten Waffen später vernichtet. Auf Grund der Ermittlungen wurde der Wanderklub „Einigkeit“ als ein unzulässiger Verband militärischer Art angesehen und das Sondergericht in Kassel mit der Aburteilung betraut. Die Angeklagten bekannten sich als Mitglieder des rechten Flügels der U. S. P.

Nach zweitägigen eingehenden Verhandlungen und Vernehmung von etwa einem Duzend Zeugen wurde gestern in später Abend-

stunde das Urteil gesprochen. Das Gericht kam zu einem Freispruch der Angeklagten, teilweise wurden die Bestimmungen des Amnestiegesetzes bei der Urteilsprechung berücksichtigt.

Milchnotbedarf und Zuckerwirtschaft.

Zur Hauptauskunft des Reichstags führt Reichsernährungsminister Heremds weiter aus: Die Behauptung des Abgeordneten Dr. Herz, daß sich infolge der Abzweigung des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft von dem Reichswirtschaftsministerium der Ausgabebedarf um mehr als 194 Millionen Mark erhöht habe, ist unzutreffend. Dieser Betrag erscheint in dem Haushalt in voller Höhe als Nachbetrug gegenüber dem Haushalt für 1919 aus dem Grunde, weil im Jahre 1919 das Ernährungsministerium noch nicht bestanden hat. In Wirklichkeit sind diese Kosten bei dem Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums, in welchem sie sonst erschienen wären, erspart worden. Der Mehrbedarf von 194 Millionen Mark setzt sich fast ausschließlich aus allgemeinen Bewilligungen sowie aus einmaligen Ausgaben zusammen, die unabhängig davon, ob ein eigenes Ministerium für Ernährung geschaffen worden wäre oder nicht, hätten angefordert werden müssen.

Die Deckung des Milchnotbedarfs ist im Allgemeinen nicht ungünstig, was hauptsächlich auf die günstigen Winterverhältnisse dieses Jahres zurückzuführen ist. Für die Milchversorgung Groß-Berlins ergibt sich ebenfalls ein verhältnismäßig günstiges Bild. Immerhin ist zurzeit in Berlin ein Milchbedarf an Milch, dessen Deckung aus der Fütterung der Kranke nicht erfolgt. Die Säuglinge, die hoffenden und stillenden Mütter erhalten die ihnen zutreffende Frischmilch.

Was die Kriegsorganisationen betrifft, so sind von den 88 Kriegsorganisationen, über welche das Ernährungsministerium bei seiner Errichtung am 1. April 1920 die Dienstaufsicht übernommen hat, der Großteil in Liquidation begriffen, so daß mit einer über den 1. April 1921 hinausreichenden Dauer nur noch mit fünf Kriegsorganisationen zu rechnen ist, nämlich bei der Reichsgetreidestelle, Reichsstarkeisstelle, Reichsflischstelle, Reichsstelle für Speisefette und bei der Reichsrunderstelle. Der Stand der Beamten und Angestellten bei den Kriegsorganisationen wird sich bis auf 6008 gegenüber der anfänglichen Zahl von nahezu 12 000 vermindern.

Die Frage, ob

die Bewirtschaftung des Zuckers

für ein weiteres Jahr unbedingt notwendig sein wird, kann nur im Zusammenhang mit der Betrachtung der Weltlage beurteilt werden. Vor dem Kriege bediente Deutschland an Rübenzucker die Hälfte des Weltverbrauchs, heute macht der Rübenzucker nur etwa ein Drittel der Weltzuckerernte aus und von diesem Drittel bezieht die deutsche Erzeugung nur etwa ein Fünftel. Der Weltzuckermarkt befindet sich in einem sehr lebhaften Zustande, daß es gefährlich wäre, unsere deutsche Zuckerindustrie den Konjunkturschwankungen des Weltmarktes auszuliefern. Würde sie dem ausländischen Kapital ausgeliefert, so würde dies den Verlust der Verfügungsmacht über eines unserer wertvollsten Exportgüter bedeuten. Die Inlandsproduktion hat im abgelaufenen Wirtschaftsjahre nicht zur Deckung des Inlandsbedarfs ausgereicht. Von einer Einfuhr von Zucker kann, wenn die Erzeugung der Produktion erreicht wird, wohl in Zukunft grundsätzlich Abstand genommen werden, nur die Zucker verarbeitende Industrie soll für ihre Bezüge im wesentlichen auf Auslandszucker verwiesen werden. Der Unterfuß gegen die bisherige Bewirtschaftung wird darin bestehen, daß von der amtlichen Bewirtschaftungsstelle in Zukunft kein Zucker mehr zu Lasten des Reiches gekauft werden soll. Die Einfuhren für die verarbeitende Industrie sollen durch die Industrie und nicht, wie im ablaufenden Wirtschaftsjahre, durch das Reich erfolgen.

Hg. Schmidt-Berlin (Soz.):

Ich bin gegen die Einfuhr von Bananen und ähnlichen Genussmitteln. Auch die Gemüseeinfuhr von Holland ist wegen der hohen Kosten für die arbeitende Bevölkerung nicht von Nutzen. Zwar bin ich ebenfalls für Lockerung der Zwangswirtschaft, doch erkenne ich nicht, daß bei der jetzigen Handhabung in einigen Monaten schwere Begleiterscheinungen wirtschaftlicher und politischer Natur zu befürchten sein werden.

Sobald folgt eine lebhafteste Geschäftsordnungsdebatte über einen Antrag Dr. Rosenfeld, Dr. Herz und Frau Wurm (U. Soz.) dahingehend, die Diskussion über das Ernährungsministerium in der morgigen Sitzung zu unterbrechen und an Stelle dessen den Etat des Reichspräsidenten zu beraten, um hierbei zu der Verordnung des Reichspräsidenten auf Grund des Art. 48, die jedoch durch die Mitagsblätter bekannt geworden sei, Stellung zu nehmen. (Verordnung gegen wilde Streiks und wilde Aussperrungen in lebenswichtigen Betrieben.)

Hg. Müller-Franke (Soz.) widerspricht einer Unterbrechung der Verhandlungen über den Etat des Ernährungsministeriums. Die betreffende Verordnung ist dem Reichstag vorzulegen und von ihm zu behandeln. Der Haushaltsausschuß ist nicht beauftragt, dem Plenum vorzutreten.

Nachdem sich zur Sache noch mehrere Abgeordnete geäußert haben, wird der Antrag der Unabhängigen abgelehnt.

Deutschlands Aufrichtigkeit.

Lloyd George erklärte auf dem Lordmayorbankett in der Guildhall, der Präskien der Aufrichtigkeit Deutschlands, daß es den Friedensvertrag auszuführen gedenke, sei bei der Entwaffnung. Er habe vor einigen Stunden einen Bericht des Kriegsministers bekommen, der befriedigend lautete. Die deutsche Kriegsmarine sei tatsächlich entlassen; niemand in Deutschland sei deshalb beunruhigt. Das deutsche Heer sei bereits fast zu seiner vormaligen Stärke von 100 000 Mann herab und die schwere Artillerie sei fast vollständig abgeliefert. Es beständen sich nur noch viel Gewehre in den Händen der Bevölkerung, dies sei aber eine viel größere Gefahr für Deutschland selbst als wie für seine Nachbarn. Deutschland kann nicht mehr aggressiv sein. Die deutsche Regierung sei aufrichtig bemüht in dem Bestreben, die Friedensbedingungen auf das Beste auszuführen.

Die zweite Frage von größter Bedeutung sei die Frage der Wiedergutmachung. Deutschland sei bereit gewesen, in Spätere gewisse Vorschläge zu unterbreiten, wie es seinen Verpflichtungen nachzukommen gedenke. Er sei darüber sehr beschieden gewesen, nicht wegen der Vorschläge an sich, sondern weil sie ihm den Beweis geliefert hätten, daß die deutschen Staatsmänner und Finanzleute das Problem der Wiedergutmachung mit der Absicht erwägten, Mittel und Wege zu finden, wie Deutschland seinen Verpflichtungen nachzukommen könne. Diese Vorschläge werden nunmehr auf der Konferenz gedrückt. Wenn in allen alliierten Ländern der Rat dieser befolgt würde, deren einziges Ziel es sei, die verwüsteten Gebiete wiederherzustellen, und nicht der Rat derer, die die verloren gegangene Reputation wiederherstellen wollten (eine deutsche Spitze gegen die französischen Scharfmacher Poincaré, Tardieu, Loucheur u. Co. Die Red.), dann weißte er nicht darauf, daß der Frieden längs des Weges zu finden sei, der zu einer guten Verständigung führe. Lloyd George sprach sich dann für den Frieden

mit Rußland aus, der ebenso notwendig sei. Der Bolschewismus ist ein wahnsinniger Glaube. Er kann vorübergehen. Wenn aber Rußland der Anarchie verfällt, dann dauert es vielleicht ein ganzes Menschenalter, bevor es erlöst ist.

Zur inneren Politik betonte Lloyd George, daß die Atmosphäre von Mißtrauen unter den Arbeitern selbst und gegenüber ihren eigenen Führern nicht wegzulenken sei. Doch mehren sich die Anzeichen, daß die Lage sich beruhige.

Vertrauen und Mißtrauen.

Während Lloyd George in der Guildhall Deutschlands Entwaffnung und sonstige Bereitwilligkeit zur Diktatenerfüllung anerkannte, teilte Churchill im Unterhause mit, daß die britische Befragung in diesem christlichen und ohnmächtigen Deutschland 1920 nicht weniger als 3,6 Millionen Pfund kostet (1035 Millionen Mark). Die Gelamiansgaben für das und erzwungene Befestigungsbudget betragen vom Waffenstillstandsabschluß bis zum 30. September 1920 ungefähr 61 Millionen Pfund, das sind heute 17 690 Millionen Mark. Und das muß das friedensbereite, gedemütigte und ruinierte Deutschland zahlen!

Wiedergutmachungsdiplom.

Paris, 10. November. Ueber den Inhalt der Antwort der britischen Regierung auf die französische Note bezüglich des Verfahrens in der Wiedergutmachungsfrage meldet Havas, daß die alliierten Sachverständigen die Vorschläge der deutschen Sachverständigen anhören und entgegennehmen werden, worauf dann im Februar 1921 die alliierten Finanzminister in Genf zusammenkommen werden. Danach erst werde der Wiedergutmachungsausschuß den Betrag der Schulden Deutschlands festlegen, worauf dann endlich die alliierten Regierungschefs Sanktionen für die Erfüllung bestimmen werden.

Frankreich rügt.

Wie die „Dena“ zuverlässig erfährt, hat der französische Votschreiber den Minister des Auswärtigen, Dr. Simons, in freundschaftlicher Weise darauf aufmerksam gemacht, daß die Einfuhr von Luxusartikeln aus den Nachbarländern eine Umgehung der Artikel 264 und 265 des Friedensvertrages darstellt. Weiter hat der Votschreiber darauf hingewiesen, daß man in Erfahrung gebracht habe, 25 000 Flaschen Liqueur seien tatsächlich als französische Marke eingeführt worden, was ebenfalls gegen Artikel 274 des Versailler Vertrages verstoße. Nach Informationen der „Dena“ ist dieser Schritt des Votschreibers nicht als offizielle Beschwerde, sondern als Rüge der von ihm beauftragten Vorkommission anzusehen.

Die Einfuhr von Luxusartikeln und Schnäpsen für die Kriegsgewinnler ist vor allem auch ein Verstoß unseiner Wirtschaft. Minister Herms hat diese Einfuhr auf das Loch im Westen zurückgeführt und die Regierung erklärt, daß die Entente nicht eine genügende Zahl bewaffneter Zollbeamter gestatte, um den sonstigen Schmuggel zu hindern. Frankreich wird diese Tatsachen wohl nicht übersehen können.

Auslanderunschan.

Als am Sonntag etwa 200 Kommunisten durch Danzig marschierten und der Führer der Aufforderung eines Schuhmannes, die rote Fahne zu lenken, nicht Folge leistete, wurde er von einem englischen Sicherheitsbeamten mit dem Säbel zu Boden geschlagen, so daß er blutüberströmt liegen blieb.

Eine Schülerfeier in Wien am gestrigen Geburtstage des Dichters hatte 80 000 Teilnehmer und wurde zu einer imposanten Demonstration für den Anschluß an Deutschland.

Auf dem Sozialdemokratischen Parteitag in Wien wurde die internationale Konferenz der weder zur Zweiten noch zur Dritten Internationale gehörenden Parteien nach Wien eingeladen. Da die Schweiz den Delegierten nur 4 Tage Aufenthalt bei Verzicht auf alle politische Tätigkeit außerhalb der Konferenz gestatten will, kann es zur Ausnahme der Wiener Einladung kommen. Denke versprach gleich, dafür zu wirken. Dazu tritt noch der Valatavorteil.

Die deutschen und tschechischen Genossen im Ernährungsanspruch des tschechischen Parlamentes haben eine Arbeitsgemeinschaft gebildet. Beide Richtungen der tschechischen Sozialdemokratie begrüßen die Anregung unserer deutschen Genossen auf Abhaltung eines Proletariatskongresses.

Im tschechischen Abgeordnetenhaus kam es bei der Besprechung der Regionalauswertungen von Tepliz zu hitzigen Protesten der Deutschen, von denen eine ganze Anzahl durch den sozialdemokratischen Präsidenten Tomášek aus mehreren Sitzungen ausgeschlossen wurden.

Zu Tumulten in der französischen Kammer kam es bei der Eröffnung der Herbsttagung, als bei der Beratung über die Kredite für die Gedächtnisfeier der dritten Republik der Sozialist Brade der Regierung vorwarf, sie wolle der Friede einen rein militärischen Charakter verleihen. Der Redner wurde am Weiterreden verhindert. Die Sozialisten revoltierten sich, indem sie einen Abgeordneten der Rechten ebenfalls niederbrüllten. Nach englischem Vorbild wurde beschlossen, einen Gesandten unter dem Triumphbogen zu belassen. Die Sozialisten hatten das Abgehen von der ursprünglichen geplanten Vertagung im Vordergrund als einen Notau vom dem Ministerium belächelt.

Das Schurgericht der belgischen Provinz Hennegau hat einen Holzhändler, der für die deutsche Verwaltung Holz geliefert hatte, zu 5 Jahren Haft zur Überkennung der bürgerlichen Ehrenrechte für Lebensdauer und zu einer Geldstrafe von 125 000 Franks verurteilt.

Wangel räumt die Reim. Französische Schiffe sollen die Reste seiner Armee nach Kaukasien bringen. Daraus kann eine Verlebung der Neutralität Georgiens entstehen, welcher sozialdemokratischen Republik die Einwohnern sowieso nicht grün sind.

In Rumänien wurde ein Generalfreie niedergeschlagen. Die verhafteten Arbeiterführer sollen wieder freigelassen sein.

Die vatikanischen Ruinen in Rom sind wegen Lohnstreiks der Angestellten geschlossen.

Kahr über Orgesch. Im bayerischen Landtag erklärte Ministerpräsident v. Kahr, Bayern denke nicht an eine Sonderpolitik und treibe nur auswärtige Politik, wenn die besonderen Verhältnisse das im Interesse des Reiches erfordere. Die Einwohnerrecht hingegen könne der bayerische Staat nicht entbehren, da er wehrlos gemacht worden sei. Sie solle auch nicht unter die von dem Friedensvertrag aufzulösenden Organisationen. Dabei habe die Regierung auch gegen das Entlassungsgesetz Einwendungen erhoben, das den ordnungsmäßigen Waffenbesitz mit dem unerlaubten Waffenbesitz auf eine Stufe stelle. Er hoffe es werde sich in dieser Frage ein Kompromiß finden, mit dem auch die Verbandsmächte einverstanden seien.

Genosse Ludo Hartmann verabschiedete sich als Gesandter Deutschböhrens vom Reichspräsidenten und vom Außenminister. — Deutschböhrenreich hat offiziell um Aufnahme in den Völkerbund gebeten, ebenso Bulgarien.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Verbandsrat der sozialistischen Parteimitglieder Groß-Berlins. Die für den 12. d. Mts. angelegte Orts- und Vertrauensmännerversammlung fällt wegen der Krankheit aus. Nächste Sitzung wird noch bekanntgegeben.

Heute, 11. November:

15. Abt. 7 1/2 Uhr Sitzung der Parteimitglieder und Vertrauensmännerversammlung im Lokal Blumenstr. 38. 17. Abt. Bezirksleiter und Funktionäre 6 1/2 Uhr bei Müller, Capistranstr. 87. Abholung der Briefe zum Wilhelm-Busch-Sonntagsabend. 7 Uhr: Sitzung sämtlicher Ortsvereinsleiter.

Morgen, 12. November:

Charlottenburg (15. Gruppe). 7 1/2 Uhr bei Brill, Anseledstr. 9: Gruppenversammlung. Wahlkreis Prenzlauer Tor und 27. Abteilung. Die Abteilungsleiter werden gewählt, 6 1/2 Uhr im Lokal von Berlin, Stargarder Str. 8, mit Genossen Teilhaber die Wähler von der Revolutionsfeier zu verabschieden. Pankow. Kreisvorstandssitzung des 19. Kreises bei Engel, Mühlenstraße 45: Wichtige Tagesordnung.

Wahlkreis Wedding. Die Durchführung der 'Weber' findet am Samstag, nachmittags 3 Uhr, im Zentral-Theater statt.

Jugendveranstaltungen.

Donnerstag, 11. November.

Achtung Wanderausstellungslieferer. Die für heute, Donnerstag, angelegte Besprechung findet erst am Donnerstag, den 18. November, abends 7 Uhr, im 'Jugendheim', Lindenstr. 8, 2. Hof links III. statt. Tagesordnung: Vortrag 'Die Arbeit des Wanders'. Referent: Gen. Albrecht.

Marienfeste. Schule Dorfkücher. Vortrag 'Schiffsbrand auf hoher See'. - Straßener Viertel. Schule Kogelstr. 8: Vortrag 'August Bebel'. - Reichsverband. Schulstr. 60: Vortrag 'Schiffsbrand auf hoher See'. - Schönhauser Vorstadt I. Sonnenburger Str. 20: Mitgliederversammlung. - Ziegeln-Friedensau. Dönhofsplatz 5a: Vortrag 'Die Bedeutung der deutschen Arbeiterbewegung I.'. - Ziegel. Schönhoferstr. 15: Mitgliederversammlung.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Republikanischer Führerbund. Bezirk 24 (Reinhold-Beck). Freitag, den 12. November, 7 Uhr, Versammlung bei Pregel, Kogelstr. 17. - Arbeiter-Zamiaten-Kolonnen Berlin e. V.: Abteilungen Götisches Tor und Reußstr. gemeinsame Mitgliederversammlung Donnerstag, den 11. Nov., 7 Uhr, im Lokal von Engel, Reichenhagenstr. 45. - Verband der Lungen- und Tuberkulose-Erkrankten Deutschlands. Am Dienstag, den 16. Nov., abends 7 Uhr, öffentliche Versammlung in 'Reibels Hofstätten', Wolberger Straße 23. Thema: 'Waffenherben beim Proletariat'. - Bund religiöser Sozialisten. Heute 7 1/2 Uhr im Charlottenburg, Leibnizstr. 29, Gartenhaus. Vortrag des Genossen Max Müller: 'Der Kommunismus in der Geschichte des Christentums'. Gäste willkommen.

Aus aller Welt.

Zur Erinnerung. Gerade in der Akerseelenwoche, wo die Katholiken der Toten gedenken, sind bei Erbarbeiten in Floridsdorf, dem nördlich der Donau liegenden Stadtteil Wiens, vergessene Grabstätten gefunden worden. Die Skelette darin sind höchstwahrscheinlich Kriegstote aus der Napoleonischen Zeit von 1809. Und man kann über den großen Horizont nachdenken, den die Welt von dem einen bis zum anderen Weltkrieg gemacht hat.

Das norwegische Liebeswerk. Der Vorsitzende des norwegischen Hungerkomitees für das Ausland teilte mit, daß in Norwegen mehr als 60 Millionen Norser eingekauft worden sind, um die Not in Deutschland, Österreich und Ungarn zu lindern. Nach Wien und Budapest sind 250 Waggons Lebensmittel gesandt worden. In diesem Jahr sind 2550 Kinder aus Österreich, 1103 Kinder aus Deutschland in Norwegen aufgenommen worden. Dazu kommen viele reichdeutsche Kinder, die von Privatleuten ohne die Mitwirkung des Hungerkomitees eingeladen worden waren. Der Vorsitzende äußerte, daß wahrscheinlich kein anderes Land verhältnismäßig so viel um die Not in Europa zu lindern getan hätte wie gerade Norwegen mit seinen nur zweieinhalb Millionen Einwohnern.

Künstlich hergestelltes Radium. Die Gemische Salinität der Missouri-Universität findet an, daß es gelungen ist, eine Methode zu finden, mit der man Radium auf künstlichem Wege herstellen kann. Möglich soll dies sein durch Raffinierung von Radium.

Sport.

Karree der freien Sportvereinigungen. Freie Turnerschaft Groß-Berlin. Sonntag: Vereinsversammlung. Charlottenburg 3. Anfang Punkt 9 Uhr. Turn-Sport-Verein Norden. Sonntag: Jugendabteilung. Turnfahrt nach Strassberg, Stienitzsee, Müdenhof, Rall, Platen, Woltersdorf, Erfner. Freier Wandervogel. Sonntag: Bannsee, Salkoto, Bannsee. Abfahrt 7 Uhr Alexanderplatz.

Berliner Schwimm-Union. Übungsstunden des Vereins jeden Montag von 5-6 1/2 Uhr und jeden Freitag referiert von 6 1/2-7 1/2 Uhr in der Schwimmhalle Schillingstraße. Dasselbe gilt für den Arbeiter-Schwimmverein in der Nähe der Jugendabteilung am Sonntag, den 14. d. M., vorm 10 Uhr, im Reichsstadion von Prof. Richter, Mühlentempelstr. 20a.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag mittags. Im Küstengebiet meist heiter bewölkt und staurenwede etwas Regen. Im Binnenlande zeitweilig neblig, lauft trocken und vielal drüher. In den Tagstunden überall ziemlich mild.

ITZIG Kürschnermeister Gegr. 1891 Charlottenburg Karlstr. 50, hochp. im Hause der Post Gegr. 1891 Füchse in allen Farben und Fellarten Herren-Geh- und Sportpelze Damenmäntel in allen modernen Fellarten Umarbeitung, Reparatur in eigener Werkstatt

Ortskrankenkasse der Buchbinder u. verw. Gew. in Berlin. Die Mitglieder des Ausschusses werden hiermit zu der am 20. November 1920, abends 7 Uhr, im Kondr-Kaufhaus, Stralauer Straße 3-6, stattfindenden ordentlichen Mitgliederversammlung eingeladen. Tagesordnung: 1. Protokollvorlesung. 2. Beschlußfassung über den Gesamtertrag 1920. 3. Wahl der Revisoren zur Prüfung der Jahresrechnung. 4. Bericht des Vorstandes. K. Göttschmann, Vorsitzender, Fr. Kesse, Schriftführer.

Ortskrankenkasse für das Bauergewerbe zu Berlin Berlin C 25, Hantelstraße 4. Einladung zu der am Freitag, den 19. Novbr 1920, abends pünktlich 7 Uhr, im Goldhaus Schulz, Berlin C 25, Am Mühlengraben 2 (heißer Eingang, 1. Et.) stattfindenden Mitgliederversammlung der Vertreter der Arbeitgeber und Kassenglieder. Tagesordnung: 1. Festsetzung und Beschlußfassung über den Beschäftigungsstand einzureichenden Bescheid der Einkommen und Ausgaben für das Geschäftsjahr 1920. 2. Wahl des Rechnungsprüfungsausschusses zur Prüfung der Jahresrechnung für das Geschäftsjahr 1920 gemäß § 11 der Kassensatzung. 3. Beschlußfassung über die 48-Stunden-Überarbeitung, bis 68 3/4 und 39. 4. Mittelsmündel-Bericht. 5. Die Kassensatzung. Berlin, den 11. Novbr. 1920. Der Vorstand der Ortskrankenkasse für das Bauergewerbe zu Berlin. H. Vogel, Vorsitzender, H. Freund, Schriftführer.

Modenschau veranstaltet vom Verband der Deutschen Mode-Industrie e.V. unter Mitwirkung von 30 führenden Damen- und Herren-Modefirmen. am Dienstag, 16. November, 8 Uhr abends im Marmorsaal des Zoologischen Gartens. Eintrittskarten à Mk. 60.- im Büro des Verbandes, Friedrichstr. 61, sowie bei sämtlichen vorführenden Firmen.

Unabhängige Nothbeleuchtung 5000 Kerzen Leuchtkraft :: 200 m Arbeitslicht :: Sofort lieferbar 12190 Erich Schön, Berlin W 9 Köthener Str. 18 Lützow 1342

Speisezimmer, Schöneberg, Allee 150 304, modern, elektrisch, 8 Gabeln, sehr gut erhalten, 3000,- zu verkaufen. Besichtigung Sonntag vorm. 11-1 Uhr Tempelhof, Rote-Beute-Str. 3, part. rechts. 127638

Alt-Metalle jeder Art engros-Verwertung Invalidenstr. 142. Pelz-Haus CARICO Zahlungserleichterung Leipziger Str. 58

Transport, Kachelöfen, elserne Öfen aller Systeme, Spezialität: Lademans's Reformöfen 25% Kohlenersparnis. für jeden Raum geeignet. Herde i. Haushaltungen, Wirtschaft, Hotel-küche, usw. Liefert F. H. Max Lademann G. m. b. H. Berlin SW 19, Seydelstr. 12/13.

Kupfer, Messing, Zinn, sämtliche Altmetalle lauft zu Tagespreisen. Neue Hochstraße 38. Händler Spezialität.

Planos, Flügel, Harmonikas, Klaviers, Spinetos, etc. für jedes Instrumentum passend. Piano-Magazin A. Lehmann & Co., Jah.: Gontenberg, Leipziger Str. 115/116. Gr. Frankfurter Str. 100.

Zinn u. Blei, Altmetalle, lauft zu hohen Preisen. Zinn, Zinnblei, Zinnblei, etc. 17. (Mühlentempelstr.)

Eigenheim-Siedlungs-genossenschaft am Krummen See, Zeasen. Außerordentliche Generalversammlung am 20. November d. J., abends 6 1/2 Uhr, im Restaurant 'Zum Teufelsberg', in Dln.-Treptow, Pleißestr. 8, Ecke Gröhlstraße. Tagesordnung: 1. Neuwahl des Vorstandes. 2. Neuwahl des Aufsichtsrats. 3. Wahl von drei Revisoren für den nächsten Jahr. 4. Statutenänderung: § 14. 5. Statutenänderung: § 11. 6. Statutenänderung: § 23. 7. Bericht des Vorstandes. Einladungen sind mitzubringen. 1248 Der Aufsichtsrat, Franz Max, Vorsitzender, 1. Vorsitzender, 2. Vorsitzender, 3. Vorsitzender, 4. Vorsitzender, 5. Vorsitzender, 6. Vorsitzender, 7. Vorsitzender, 8. Vorsitzender, 9. Vorsitzender, 10. Vorsitzender, 11. Vorsitzender, 12. Vorsitzender, 13. Vorsitzender, 14. Vorsitzender, 15. Vorsitzender, 16. Vorsitzender, 17. Vorsitzender, 18. Vorsitzender, 19. Vorsitzender, 20. Vorsitzender, 21. Vorsitzender, 22. Vorsitzender, 23. Vorsitzender, 24. Vorsitzender, 25. Vorsitzender, 26. Vorsitzender, 27. Vorsitzender, 28. Vorsitzender, 29. Vorsitzender, 30. Vorsitzender, 31. Vorsitzender, 32. Vorsitzender, 33. Vorsitzender, 34. Vorsitzender, 35. Vorsitzender, 36. Vorsitzender, 37. Vorsitzender, 38. Vorsitzender, 39. Vorsitzender, 40. Vorsitzender, 41. Vorsitzender, 42. Vorsitzender, 43. Vorsitzender, 44. Vorsitzender, 45. Vorsitzender, 46. Vorsitzender, 47. Vorsitzender, 48. Vorsitzender, 49. Vorsitzender, 50. Vorsitzender, 51. Vorsitzender, 52. Vorsitzender, 53. Vorsitzender, 54. Vorsitzender, 55. Vorsitzender, 56. Vorsitzender, 57. Vorsitzender, 58. Vorsitzender, 59. Vorsitzender, 60. Vorsitzender, 61. Vorsitzender, 62. Vorsitzender, 63. Vorsitzender, 64. Vorsitzender, 65. Vorsitzender, 66. Vorsitzender, 67. Vorsitzender, 68. Vorsitzender, 69. Vorsitzender, 70. Vorsitzender, 71. Vorsitzender, 72. Vorsitzender, 73. Vorsitzender, 74. Vorsitzender, 75. Vorsitzender, 76. Vorsitzender, 77. Vorsitzender, 78. Vorsitzender, 79. Vorsitzender, 80. Vorsitzender, 81. Vorsitzender, 82. Vorsitzender, 83. Vorsitzender, 84. Vorsitzender, 85. Vorsitzender, 86. Vorsitzender, 87. Vorsitzender, 88. Vorsitzender, 89. Vorsitzender, 90. Vorsitzender, 91. Vorsitzender, 92. Vorsitzender, 93. Vorsitzender, 94. Vorsitzender, 95. Vorsitzender, 96. Vorsitzender, 97. Vorsitzender, 98. Vorsitzender, 99. Vorsitzender, 100. Vorsitzender.

Allgem. Ortskrankenkasse für Berlin-Steglitz. Bekanntmachung! Der auf Grund der Reichs-gesetz vom 28. 6. 19 (RGBl. Seite 615), 20. 8. 19 (RGBl. Seite 1757) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. 3. 20 (RGBl. Seite 1089) und der Reichsversicherungsverordnung vom 22. 11. 18 (RGBl. Seite 1921), 2. 3. 19 (RGBl. Seite 191), 2. 5. 19 (RGBl. Seite 181) und 30. 4. 20 (RGBl. Seite 709) vom Reichstag am 2. 3. 20 beschlossene VI. Änderung zur Satzung vom 22. 10. 1913 ist am 20. Oktober 1920 (B. R. 70 70) zum Oberberufungs-gang nach Berlin genehmigt worden. Gehandelt werden die §§ 1, 2, 3, 4, 5, 10, 11, 14, 15, 20, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100. Berlin-Steglitz, den 6. Nov. 1920. Der Vorstand, G. Bialer, 1. Vorsitzender, H. Bialer, 2. Vorsitzender, H. Bialer, 3. Vorsitzender, H. Bialer, 4. Vorsitzender, H. Bialer, 5. Vorsitzender, H. Bialer, 6. Vorsitzender, H. Bialer, 7. Vorsitzender, H. Bialer, 8. Vorsitzender, H. Bialer, 9. Vorsitzender, H. Bialer, 10. Vorsitzender, H. Bialer, 11. Vorsitzender, H. Bialer, 12. Vorsitzender, H. Bialer, 13. Vorsitzender, H. Bialer, 14. Vorsitzender, H. Bialer, 15. Vorsitzender, H. Bialer, 16. Vorsitzender, H. Bialer, 17. Vorsitzender, H. Bialer, 18. Vorsitzender, H. Bialer, 19. Vorsitzender, H. Bialer, 20. Vorsitzender, H. Bialer, 21. Vorsitzender, H. Bialer, 22. Vorsitzender, H. Bialer, 23. Vorsitzender, H. Bialer, 24. Vorsitzender, H. Bialer, 25. Vorsitzender, H. Bialer, 26. Vorsitzender, H. Bialer, 27. Vorsitzender, H. Bialer, 28. Vorsitzender, H. Bialer, 29. Vorsitzender, H. Bialer, 30. Vorsitzender, H. Bialer, 31. Vorsitzender, H. Bialer, 32. Vorsitzender, H. Bialer, 33. Vorsitzender, H. Bialer, 34. Vorsitzender, H. Bialer, 35. Vorsitzender, H. Bialer, 36. Vorsitzender, H. Bialer, 37. Vorsitzender, H. Bialer, 38. Vorsitzender, H. Bialer, 39. Vorsitzender, H. Bialer, 40. Vorsitzender, H. Bialer, 41. Vorsitzender, H. Bialer, 42. Vorsitzender, H. Bialer, 43. Vorsitzender, H. Bialer, 44. Vorsitzender, H. Bialer, 45. Vorsitzender, H. Bialer, 46. Vorsitzender, H. Bialer, 47. Vorsitzender, H. Bialer, 48. Vorsitzender, H. Bialer, 49. Vorsitzender, H. Bialer, 50. Vorsitzender, H. Bialer, 51. Vorsitzender, H. Bialer, 52. Vorsitzender, H. Bialer, 53. Vorsitzender, H. Bialer, 54. Vorsitzender, H. Bialer, 55. Vorsitzender, H. Bialer, 56. Vorsitzender, H. Bialer, 57. Vorsitzender, H. Bialer, 58. Vorsitzender, H. Bialer, 59. Vorsitzender, H. Bialer, 60. Vorsitzender, H. Bialer, 61. Vorsitzender, H. Bialer, 62. Vorsitzender, H. Bialer, 63. Vorsitzender, H. Bialer, 64. Vorsitzender, H. Bialer, 65. Vorsitzender, H. Bialer, 66. Vorsitzender, H. Bialer, 67. Vorsitzender, H. Bialer, 68. Vorsitzender, H. Bialer, 69. Vorsitzender, H. Bialer, 70. Vorsitzender, H. Bialer, 71. Vorsitzender, H. Bialer, 72. Vorsitzender, H. Bialer, 73. Vorsitzender, H. Bialer, 74. Vorsitzender, H. Bialer, 75. Vorsitzender, H. Bialer, 76. Vorsitzender, H. Bialer, 77. Vorsitzender, H. Bialer, 78. Vorsitzender, H. Bialer, 79. Vorsitzender, H. Bialer, 80. Vorsitzender, H. Bialer, 81. Vorsitzender, H. Bialer, 82. Vorsitzender, H. Bialer, 83. Vorsitzender, H. Bialer, 84. Vorsitzender, H. Bialer, 85. Vorsitzender, H. Bialer, 86. Vorsitzender, H. Bialer, 87. Vorsitzender, H. Bialer, 88. Vorsitzender, H. Bialer, 89. Vorsitzender, H. Bialer, 90. Vorsitzender, H. Bialer, 91. Vorsitzender, H. Bialer, 92. Vorsitzender, H. Bialer, 93. Vorsitzender, H. Bialer, 94. Vorsitzender, H. Bialer, 95. Vorsitzender, H. Bialer, 96. Vorsitzender, H. Bialer, 97. Vorsitzender, H. Bialer, 98. Vorsitzender, H. Bialer, 99. Vorsitzender, H. Bialer, 100. Vorsitzender.

Spezial-Behandlung + n. Haut-, Geseht-, Unterleibskrankheiten, nervöser Schwindel, Gedächtnisverluste! Besonders i. Kranke, welche anderswärts nicht aus-geheilt worden sind. Blutuntersuchung, Röntgen-Untersuchung, etc. Dir. Hermanns, Glöcknerstr. 42 10-12, 4-7, 10-12-1

la STOFFE für Anzüge u. Paletots jetzt billiger Spittelmarkt 14 I. (Kein Laden.)

Soeben erschienen: Russische Korrespondenz Nummer 14/16. Aus dem Inhalte 7. November 1917 - 7. November 1920. L. Trotzki: Die Oktoberrevolution. / N. Bucharin: Der Klassenkampf und die Revolution in Rußland. / A. Joffe: Die erste proletarische Regierung. / Die Verfassung (das Grundgesetz) der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjet-Republik. / Aus den ersten Dekreten u. Kundgebungen der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjet-Republik. / L. Trotzki: Die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk. / N. Lenin: Ein Brief an die amerikanischen Arbeiter. / Ein diplomatischer Notenwechsel über den weißen und roten Terror. / Offener Brief an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Herrn Woodrow Wilson. N. Lenin: Rede auf dem 3. Allrussischen Kongreß des Russischen Kommunistischen Jugendverbandes (Moskau, 4. Oktober 1920). / P. F. Kudrjaschew: Wege des Sozialismus in Rußland. / W. P. Miljutin: Sozialismus und Landwirtschaft. / A. Anikst: Organisation des Arbeitmarktes in den ersten zwei Jahren der Sowjetmacht. / W. Posner: Die Einheitsheils Arbeitsschule. / W. Posner: Bericht über die Tätigkeit der Abteilung Einheitsheils Arbeitsschule im Kommissariat für Volksbildung. / W. Lasarew: Die Arbeitsleistung in der Kohlen- und Torfindustrie. / Das Fischereiwesen im Gouvernement Astrachan. / Karl Radek: Kongreß der Ostböcker. / W. Miljutin: Ueber Parteiarbeit. / Q. Sinowjew: Ueber die Sanierung der Partei. / Karl Radek: Die Organisationsideen der Kommunistischen Partei Rußlands. / A. Praxlow: Die Lage der Gold- und Platinergewinnungsindustrie im Ural. / Prof. N. Gredeski: Die Krisis in der Intelligenz. / Illustrationen: Acht Merkfärbendrucke nach den Originalpaketen aus Sowjetrußland; fünf Zeichnungen nach den russischen Publikationen. 180 Seiten. Preis 8.- Mark. Bestellungen sind zu richten an die Auslieferungsstelle für Deutschland: A. SEEHOF & CO., VERLAG, BERLIN C. 54.

Nach meinem in allen Abteilungen vorgenommenen Preis-Abbau wesentlich billiger Perser und Deutsche Teppiche Möbelstoffe, Gardinen, Läuferstoffe, Tisch- und Wanddecken, Tüllbestecken, Steppdecken, Treppenzügel. Teppich-Spezialhaus Emil Lefèvre Berlin-Süd. Seit 1862 nur Oranienstr. 158.

15-25 Mark garantiert dauernd täglichen Verdienst für jedermann, trotz der hohen Zinsspreisen. Ehrliche, laubere, angenehme, blauschöne Arbeit. - Kein Wiedererwerb. Bitte um Adresse. Für Hilfeporto 20 Pf. erbeten. 68/17 Glimmerkarten-Zentrale, R. Bach, Chemnitz. Straßenhändler und Standinhaber auf Märkten können durch Reichel eines ichte begehrten Kommissionsreisenden Verdienst haben. 333. Handelsgesellschaft für Industrie- und Rohprodukte Berlin W 57, Bismarckstr. 21. Gold-, Silber-, Kupfer, Messing, Zinn, Zink usw. Soeben ist erschienen! Metallschmelze Siemensstraße 6 (Bahnhof Hantelstraße). Konzertflügel Flügel wie neu, gebrauchte, neue Klaviers, mit dem neuesten, besten Gelegenhaiten in billigen Aufzügen. Piano-Haus Alexanderstr. 37 gegenüber Volkshausgebäude.

Ata reinigt und scheuert alle Geräte aus Porzellan, Emaille, Holz, Metall, Glas, Stein, Marmor usw. Bestes Scheuerpulver für Haushalt, Gewerbe u. Industrie. Vorzüglicher Herdputz Überall erhältlich. Henkel & Co., Düsseldorf. Fabrikanten von 'Silit' und 'Henkel's Bleich-Soda'.

Spezial-Arzt für Haut- u. alle Harnleiden, Harn- und Blutunteruchungen. Dr. med. Karl Reinhardt, Potsdamer Straße 117, an der Lützowstraße. Sprechstunden: 1/2-2, 1/2-8 abds., Sonntags 11-1 Uhr. Aufklärende Broschüre mit Beschreibung sämtl. Heilverfahren in verschl. Kuvert geg. Einsend. v. 2.- M. portofrei.

Kapitän-Kautabak wieder erhältlich in der früheren besten Qualität zu beziehen durch die bekannten Berlin-erellen G. Röder, Berlin, Lichterberger Str. 22. Königstr. 3861. Pelzwaren Kreuz-, Silber-, Alaska-Füchse, Skunks, Marder usw. Garnituren von 150 M. an. Nachbeend. Engros-Sale bedeut. herabgesetzt. Preis R. Michaels, Große Frankfurter Straße 99, Am Straußberger Platz.

Alte Gebisse auch zerbrochene, bis 3000 Mk. Einzelne Platinstiftzähne von 12 bis 300, jedoch nicht unter 12 Mk. pro Zahn. Knopfstiftzähne nicht unter 7 Mk. Platin-Brennstifte, Kontakte etc. bis 165 Mk. pro Gramm. Gold-Bruch u. Gegenstände 42 Mk. p. Gramm Silber 1,40 Brillanten, Iose und gefaßt, kauft J. Herz, Fehrbelliner Str. 52 nahe Brunnenstraße. Fernsprecher Humboldt 439

Prima Weihnachtsbäume 1-250 Meter hoch, wogener und schmucke, rechtzeitige Lieferung, Borchstellung mit Anschlag. Körner & Broderjen Adol., Steglitz, Köpenickerstr. 12. Tel.: Steglitz 85. 12290

Metallankaufsstelle Zinn u. Blei sowie alle Altmetalle kaufen zu Tagespreisen. Kupfer, Messing, Blei, Zink etc. Metallschmelzwerke, Waldemarstr. 74. Telephon: Minritzplatz 955

Gold-, Silber-, Platin-Druck Ringe, Münzen, Johngelbige, Brennstifte Kupfer, Messing, Blei usw. kauft Silberzentrale Gotzkowskystraße 13 an der Goltzowstraße.

Konzentration oder Sozialisierung?

Am Unterausschuss für Sozialisierungsfragen, der aus dem Reichswirtschaftsrat und Reichskohlenrat hervorging, lagen gestern die Berichte des „Beratungsausschusses“ vor. Diese aus drei Arbeitern, drei Arbeitgeberern (Stinnes, Voegler, Silberberg) und einem Vertreter der Gemeinden gebildete Kommission hatte die Aufgabe, zwischen den Arbeitgebern, die seinerzeit Herr Hugo Stinnes als Wortführer vorgeschickt hatten, und den Arbeitern, die mehr oder minder auf die Beschlüsse der Sozialisierungskommission festgelegt waren, eine Verständigung herbeizuführen.

Dem Votum der neuen Vorschläge wird zunächst auffallen, daß ein Grundgedanke von Stinnes, die Bildung von Wirtschaftsprüfungskommissionen, in dem Entwurf der Mehrheit überhaupt fehlt. Warum — das ist nicht gesagt. Aber gerade die Bildung solcher Verbrauchergebiete war ein wesentlicher Bestandteil des Programms, das sich — etwas kühn — die Bezeichnung „Sozialisierung“ beilegte, und das ernstlich wirtschaftlichen Gedanken der neuen Kohlenwirtschaft nach rheinisch-westfälischem Rezept betonte.

Denn was übrig blieb, trägt kaum noch Spuren von dem, was man als Gemeinwirtschaft bezeichnen kann. Die Kleinaktie ist das einzige, körnliche und in jeder Beziehung zweifellosste Zugeständnis. Seit man aber die Interessengemeinschaft unter geistlicher Obhut eine Sozialisierung? Und auf die Konzernbildung, auf die vertikale Konzentration des Kapitals, auf die Verbindung von Produzenten und Endverbraucher läuft ja der Vorschlag der Mehrheit hinaus! Auf Finanzoperationen, wie wir sie heute im Reiche des Hochkapitalismus zu Tausenden erleben — zu Ruh und Frommen des Industriekapitals!

Rechtswürdig!

Noch merkwürdiger ist es aber, daß man die Kapitalbeschaffung für den Bergbau in den Vordergrund stellt und den Verbrauchern — der verarbeitenden Industrie und den Gemeinden — die Sorge um das Bergbaukapital überlassen will. Der Bergbau, der durch den verfallenen Vertriebsvertrieb auf Jahrzehnte mit Aufträgen überflutet ist, hat im Durchschnitt sein Kapital trotz der Geldentwertung und trotz Neuanlagen kaum zu verdoppeln brauchen. Die verarbeitende Industrie dagegen hat schon ihr Kapital auf das drei-, vier-, ja fünffache erhöhen müssen und soll nun auch noch die Anlagelasten des Bergbaues bestreiten. Und die Gemeinden, die an diesen Werken teilnehmen sollen, sind bis über die Ohren verschuldet! Wie man die Ausführung einer solchen Transaktion als Sozialisierung ansprechen kann, ist unschwer zu erraten! Daß man es im Ernst tut, beweist nur, daß die Unternehmensehre in der Sozialisierungsdebatte und mit ihr einige Arbeitnehmer, die sich offenbar von dem großzügigen Organisationsplan des neuen Planes blenden lassen, den Begriff der Sozialisierung weiter gespannt haben, als daß die Arbeiter da folgen könnten!

Demgegenüber hat der Bergbauangestelltenvertreter, Steiger Werner, einen Vorschlag ausgearbeitet, der dem Gedanken der Trustorganisation Rechnung trägt und sich im großen und ganzen auf den Boden der Vollsozialisierung mit genossenschaftlichem Einschlag stellt. Auch dieser Entwurf, gegen eine harte Mehrheit in aller Eile aufgestellt, dürfte noch mancher Kritik unterzogen werden. Er trifft aber den Kern der Sache insofern, als er eine wirklich gemeinwirtschaftliche Organisation an Stelle der bisherigen Kohlenwirtschaft setzen will.

Die heftige Debatte zeigt erneut, daß man einen großen Fehler gemacht hat, indem man die Kohle gesondert als Problem der Sozialisierung behandelte und die am weitesten Vertretung der Industrie über dem Gedanken des „Vollverbandes vernachlässigte. Möge es den Beratungen der nächsten Zeit gelingen, hier endlich die Lösung zu finden, die die sozialen und wirtschaftlichen Erfordernisse der Gegenwart, der Wunsch von Millionen von Arbeitern, gebieterisch verlangen!

Der Unterausschuss des Reichswirtschaftsrats und Reichskohlenrats legte am Mittwochabend die Verhandlungen über die Sozialisierung des Kohlenbergbaues vor. Die Ehemaligen Verhandlungen, an denen die Herren Dr. Barthold, Stinnes, Dr. Voegler, Dr. Silberberg, Jambusch, Wagner und Werner teilnahmen, haben dazu geführt, daß die ergebnislos verlaufenen sechs Jahren sich gemäß einem Gutachten verständlich haben unter besonderen Vorbehalten und Zusätzen, deren Darlegung sich die Betreffenden für die heutige gemeinsame Vollziehung des 1919er Beschlusses des Reichswirtschaftsrats und Reichskohlenrats vorbehalten.

Das Gutachten im Sinne der ergebnislos verlaufenen sechs Jahren (Majorität Dr. Silberberg) betont, daß die Frage der Sozialisierung besonders für das besetzte Deutschland keine Frage des Bergbaues allein, sondern der Gesamtwirtschaft sei. Für den Kohlenbergbau, der die Grundlage jeglicher Produktion bildet, muß zuerst die organisatorische Weiterentwicklung der Wirtschaft eintreten. Dabei müssen folgende Grundzüge durchgeführt werden:

Konzentration der Produktionsmittel. Dem Ziel der Schaffung höherer Werte im Inland. Den Wirtschaftlichen und Endindustrien müssen die Wirtschaften in ausreichenden Mengen, richtigen Sorten und zu angemessenen Preisen zur Verfügung stehen. Zugleich muß diesen Industrien die Möglichkeit in nennenswerter Förderung der Einwirkung auf den Kohlenbergbau gegeben werden, und zwar dadurch, daß unter Ablehnung aller Trustbildungen aus lediglich finanziellen Gewinnintentionen durch Bildung von

natürlichen Interessengemeinschaften zwischen Kohlenbergbau und weiterverarbeitenden Industrien die höchste Produktivität gewährleistet werden kann. Den Endindustrien muß die Verpflichtung auferlegt werden, den Bergbau in jeder Hinsicht zu fördern (Aufschluß neuer Bergwerke), und nach der sozialen Seite durch Ausgestaltung des Wohnens und Schulwesens das Erforderliche zu tun.

Soweit nicht das eigene Interesse der so zusammengefaßten Unternehmungen ausreichen sollte, muß durch geeignete Kontrolle der an der Produktion beteiligten Volksteile in den Aufsichtsräten dieser Unternehmungen darauf hingewirkt werden. Da-

Die Lehrergehälter. In gemeinsamer Sitzung des Besoldungsausschusses und des Ausschusses für das Volksschulwesen-Dienstleistungsgesetz mit den Vertretern der Lehrer- und Beamtenorganisationen wurden die Wünsche für die Gestaltung der Lehrergehälter formuliert. Seitens der Regierung wurde mitgeteilt, daß die Realierungen angewiesen seien, die Vorbereitungen zur sofortigen Auszahlung allen anderen Arbeiten voranzuführen. Angenommen wurde ein Antrag, den Lehrern, die am 1. Dezember die Reibeträge noch nicht erhalten haben, das Gehalt für das nächste Vierteljahr bereits am 1. Dezember auszusprechen.

Bei ist zu beachten, daß ohne die Arbeitsteilung zwischen freier Führerarbeit und ausführender Arbeit keine Produktion geblieben kann.

Das Gutachten schlägt vor eine ausreichende Beteiligung der Arbeiter- und Beamtenenschaft am Kapital der großen unperfekt gewordenen Unternehmungen und an ihren Erträgen in Form von Aktienaktien zu 100 M. oder in der Übergangsphase von Genossenschaften. Diese Kapitalbeteiligung der Arbeiter und Beamten gibt auch die Grundlage zur Vertretung in den Aufsichtsräten ab. Für die in der Förderung stehenden Bergwerkunternehmungen ist die Aktienaktien-Gesellschaft die geeignete Gesellschaftsform, die jedoch durch Schaffung von Aktien mit Dividendenbeschränkung und von Aktienaktien neben den gewöhnlichen Stammaktien zu verbessern ist.

Die Beteiligung der Allgemeinheit an den Erträgen des Bergbaues ist im Wege der Besteuerung zu bewerkstelligen. Die bestehende Kohlensteuer ist nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu individualisieren und auszubauen. Die Auffassung der von der Sozialisierungskommission vorgeschlagenen Vorschläge, daß der Kohlenbergbau ein von der Gesamtwirtschaft unabhängiges Eigenleben in sich führen könne, trägt den tatsächlichen Verhältnissen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten nicht Rechnung. Sie führt dazu, daß die wirtschaftlichen Zusammenhänge zwischen Bergbau und weiterverarbeitenden Industrien und Verbrauch gelöst oder geschwächt, mindestens nach Vorschlag 2 geschwächt und erloschen werden.

Werner (Vertreter der Bergbauangestellten) hat folgenden Gegenvorschlag zu dem mitgeteilten Bericht (Gutachten) der Mehrheit der Sozialisierungskommission der beiden Sozialisierungsvereinigungen eingebracht, der in der Einleitung sich zunächst mit dem oben erwähnten Vorschlag befaßt. Der Gegenvorschlag Werner betont dann ausdrücklich, daß im Bergbau die Arbeitsteilung des Menschen die Hauptrolle spielt. Die Leistung steigt am meisten, wenn die Arbeitszufriedenheit am höchsten wird. Dies läßt sich durch Beteiligung der Arbeitnehmer an der Leitung des Betriebes (Betriebsrat) erreichen. Bestehende Verbindungen zwischen lohnverarbeitenden Industrien und einzelnen Bergwerken sind, falls dies in gemeinwirtschaftlichem Interesse liegt, durch Verträge aufrechtzuerhalten. Empfohlen wird eine Verbindung der Leitung beider Werke durch gegenseitige Vertretung im Aufsichtsrat. Weiter befaßt sich der Gegenvorschlag mit dem Ausbau der Organisation, indem er betont, daß die Überführung des Kohlenbergbaues in die Gemeinwirtschaft auf genossenschaftlicher Grundlage

zu erfolgen hat, deren Träger die von der Gesetzgebung bestimmte deutsche Kohlegemeinschaft ist, bei deren Organisation sich gegenläufige Interessen der Verbraucher, Produzenten und Allgemeinheit ausgleichen. Den führenden Persönlichkeiten muß Selbständigkeit und Initiative im weitesten Maße erhalten bleiben. Jede Bürokratisierung und hinübernde Überordnung ist auszuschließen; wie in den Konsumgenossenschaften ist die oberste Körperschaft die Generalversammlung, der Reichskohlenrat. Er ist das gesetzgebende Organ. Ihm folgt als Kontrollinstanz der Reichskohlenrat. In dritter Stelle kommt das Reichskohlenministerium als leitendes Organ, dem Generaldirektionen in Zahl von etwa 20 untergeordnet sein sollen. Der Reichskohlenrat soll sich zu gleichen Teilen aus Arbeitnehmern des Bergbaues, Verbrauchern und Vertretern der Allgemeinheit zusammensetzen, die von den gesetzgebenden Körperschaften oder von der Regierung zu bestimmen sind. Seine Mitglieder sind außerdem Aufsichtsräte in den einzelnen Generaldirektionen. Der Reichskohlenrat soll aus mindestens 24 Mitgliedern bestehen. Seine Befugnisse sind durch Satzungen festzulegen. Er ist kontrollierendes und beratendes Organ des Reichskohlenministeriums, des ausführenden Organs, das aus mindestens fünf Mitgliedern bestehen muß. Das Reichskohlenministerium besteht die Generaldirektoren und erledigt alle Dinge, die nur an zentraler Stelle erledigt werden können, wie: Schulfragen, soziale Fragen usw. Es ist auch Kontrollinstanz der Leistungen und muß seine Zustimmung zu allen geplanten Neuanlagen geben, die über laufende Betriebsausgaben hinausgehen. Den Generaldirektoren ist ein Aufsichtsrat aus den Kreisen des Reichskohlenrats beizugeben. Diesem Aufsichtsrat gehören die Arbeitnehmer im gleichen Generaldirektionsbezirk an, ferner jene Verbraucher, die von den Kohlenwerken im Bezirk besonders stark beliefert werden und die Mitglieder des Reichskohlenrates sind. Den einzelnen Werken ist ein weitestgehendes Eigenleben zu gestatten. Eingriffe in den Betrieb dürfen nicht auf Grund bürokratischer Bedenken gemacht werden. Für den Aufbau der Betriebsräteorganisation wird auf Vorschlag 1 der Sozialisierungskommission verwiesen.

Silberberg: Die Kommission hat ihre Entschlüsse nicht lediglich auf den Bergbau beschränkt, sondern ist zu dem System einer Planwirtschaft gekommen, wodurch im Bergbau die höchste Verteilung sichergestellt werden soll. Die Schmäherung der großen Vermögen durch das Reichsnotenfes, die hohe Einkommensteuer usw. machen es notwendig, daß die Kapitalkräfte auch der Kleinrenten Kreise herausgehoben werden müssen. Die gewöhnliche Form hierfür ist die kleine Aktie. England ist hierin erfolgreich vorgegangen. Die Zusammensetzung der beschließenden Organe der Kohlenunternehmungen muß dementsprechend natürlich eine andere werden. Als Betriebsform hat sich die Genossenschaft bewährt. Ich habe die feinsten Überzeugung, daß wir wieder hochkommen werden, wenn in lokaler Weise von allen Seiten zusammengearbeitet wird. (Beifall.)

Herr Wagner, Arbeitnehmer aus dem Reichskohlenrat: Der Produktionsvorgang vom Ursprung bis zur fertigen Ware muß einheitlich gehalten werden. Von der Arbeiterbeteiligung am Kapital verstreue ich mir nicht viel. Der Vorschlag Werner, der auf genossenschaftlicher Grundlage aufbaut, bringt die Gefahr einer großen bürokratischen Zentralisation.

Herr Umbreit (Arbeitnehmer) beantragt, einstweilen die Beratungen abzubrechen, da die Arbeitnehmer unter sich zu einer Verständigung kommen müßten.

Der Antrag wird nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte angenommen. Doch soll Herr Umbreit noch zum Wort kommen.

Herr Jambusch (Christl. Arbeiterverband): Es handelt sich hier um ein Kompromiß, das mir nicht leicht gefallen ist. Auch der Antrag Werner kann die Interessen der Verbraucher nicht sichern, ebensowenig die Bedürfnisse der Industrie.

Dr. Silberberg betont, aus dem von Herrn Werner vorgeschlagenen Wege der Vertretung sei nichts zu erreichen; nur der Zusammenbruch könne hier helfen.

Damit schließt die heutige Debatte, nächste Sitzung Freitag 1 Uhr.

Volksrechtliches Theater. Wegen des Streits findet die Durchführung des Schauspiel „Die Reinde“ von Max im Kozel am 12. November, abends 7½ Uhr, im Schauspielhaus statt. Karten zu 3 und 1 Mark an der Kasse.

Henry Thode, einer der fruchtbarsten deutschen Kunsthistoriker, Professor an der Heidelberger Universität, ist in Ravensburg nach einer Krankheit am 6. Jahre alt, gestorben. Er stand in verwandtschaftlichen Beziehungen zum Hans Wagner in Ravensburg. In seinen Arbeiten gebt auch eine Überlieferung der Welt der Michelangelo. Er war ein geschätzter Redner seines Gebiets.

Kadaverweiser Otto Och vom Münchener Nationalrat, einer der ersten Dirigenten Deutschlands, ist in München an einem Herzschlag im Alter von 49 Jahren gestorben.

Groß-Berlin

Folgen der Kohlenknappheit.

Die Stromentnahme bei Tage und bei Nacht.

Der Kohlenmangel zwingt zu einschneidenden Vorschriften über die Stromentnahme. In einer Besprechung, an der außer den beteiligten Behörden Vertreter der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände der Berliner Industrie teilnahmen, wurden für die bisherigen Stadtkreise Berlin, Charlottenburg, Neukölln, Schöneberg, Klagenberg, Spandau, die Landkreise Teltow und Niederbarnim und die in die Stadtgemeinde Berlin eingemeindeten Stadtkreise der Landkreise Teltow und Niederbarnim folgende Notstandsbestimmungen beraten, die mit dem 15. November 1920 in Kraft treten:

Industrie- und gewerbliche Betriebe, die an öffentliche Stromversorgungsunternehmen angeschlossen sind, oder mittelbar von solchen versorgt werden, dürfen nicht mehr elektrischen Strom entnehmen, als sie durchschnittlich vom 1. Januar bis 30. September 1920 von der damals zulässigen Menge monatlich tatsächlich verbraucht haben. Der Verbrauch von monatlich bis 250 Kilowattstunden werden von dieser Bestimmung nicht berührt. Industrie- und gewerbliche Betriebe, die an die Elektrizitätswerke St. E. W. Berlin, Rendsburg, Wilmanns, Köpenick, C. E. W. Berlin, Tempelhof, Panitzsch, Schönow, Döberitz angeschlossen sind, dürfen, sofern ihnen monatlich mehr als 250 Kilowattstunden bis zu 1000 Kilowattstunden zuteil, von 6 Uhr vormittags bis 10 Uhr vormittags (Sperrezeit) elektrischen Strom außer zu Beleuchtungs Zwecken nicht entnehmen. Die in mehreren Schichten arbeitenden Betriebe sind von der Sperrezeit befreit. Industrie- und gewerbliche Betriebe, die an vorerwähnte Elektrizitätswerke angeschlossen sind, müssen, sofern ihnen monatlich mehr als 1000 Kilowattstunden zuteil, bei täglich weniger als drei Schichten mindestens die Hälfte, bei täglich drei Schichten mindestens 85 Prozent der jeweiligen monatlichen Strommenge in der Zeit von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens entnehmen. Die früheren Anordnungen der Kohlenwirtschaftsstelle über höhere Stromentnahme in den Nachtstunden bleiben in Kraft. Industrie- und gewerbliche Betriebe, die nicht an vorerwähnte Elektrizitätswerke angeschlossen sind, dürfen, sofern ihnen monatlich mehr als 1000 Kilowattstunden zuteil, nicht über 80 Proz. der Strommenge entnehmen, die sie durchschnittlich vom 1. Januar bis 30. September 1920, von 6 Uhr vormittags bis 10 Uhr abends, von der damals zulässigen Menge monatlich tatsächlich verbraucht haben. Diese Einschränkung gilt nicht für Betriebe, die mindestens 85 Proz. ihrer zulässigen Gesamtstrommenge in der Nacht entnehmen.

Die Kohlenwirtschaftsstelle kann Ausnahmen beschließen oder weitere Einschränkungen festsetzen. Die Stromentnahme ist nach Schichten (unter Zeitangabe) in den monatlichen Strombedarfsorten anzugeben. Bei Zuspätkommen der Verbraucher sind die Vorschriften über Strombeschränkung kann die Kohlenwirtschaftsstelle ohne Verrechnung Stromverbräuchen von mindestens acht Tagen verhängen. Die Bestimmung vom 8. September 1919 wird außer Kraft gesetzt. Alle damals erlassenen Ausnahmegesamtheiten über Elektrizität verlieren ihre Wirksamkeit.

Diese Maßnahmen betreffen die Anwendung des zurzeit in den Nachtstunden noch unausgenutzt zur Verfügung stehenden Braunkohlestroms, weil der in den Tagesstunden vorhandene Strom nicht mehr ausreicht, den vollen Bedarf der Industrie zu decken. Die Elektrizitätswerke Berlin, deren Steinkohlestrom nur noch für wenige Tage ausreichen und die in Zukunft infolge des Spa-Beschlusses nur noch mit Kohlenverbrennung Strom erzeugen können, sind nicht mehr in der Lage, die für den vollen Tagesbedarf fehlende Elektrizität selbst zu erzeugen. Um nicht einen großen Teil der Industrie der Gefahr einer vollständigen Entsehung auszuweichen, muß die gleichmäßige Nutzung des Stromes in den Tages- und Nachtstunden schnellstmöglich durchgeführt werden.

„Die heilige Franziska“.

Chloroformierte Kavaliere.

Sittenbilder aus dem Berlin von heute entrollte eine Verhandlung, welche die 12. Strafkammer des Landgerichts I beschloss. Wegen Diebstahls bzw. Hehlerei waren der Schlichter Jankowski, der Kaufmann Jodisch, dessen Ehefrau und der Goldwarenhandeler Wilhelm Brandenburg angeklagt. Die Ehefrau des Angeklagten Jankowski ist eine Dirne, welche als eine Art „moderner Sirene“ ihre Opfer in einen tödlichen Schlaf versenkte und sie dann ausplünderte. Die Ermittlungen des Kriminalkommissars Dr. Reimann deckten erschreckende Sittenbilder auf. In etwa 100 Fällen war der Frau Jankowski, die in Verbrechenkreisen den Spitznamen „Die heilige Franziska“ trug, gelungen, sich in Bars, Döhlen, Weinlokalen an Herrn Brandenburg, bei welchen die sichtbarsten Verdrängungen auf den Inhalt ihrer Priesterstube zuhören. Sie gab sich dabei als „verstandene Frau“ oder als Witwe aus, und — am nächsten Morgen fanden sich die Opfer in dem Innere der Riegelstraße, in einem Hausflur der Friedrichstraße oder in einer Drochke in Halensee, aus einem narкотischen Schlaf erwachend wieder. Unter den Opfern befand sich u. a. ein weiblicher Missionar und ein Abgeordneter der U.S.P.D. — Die „heilige Franziska“ wurde, hatte sie ihre Opfer mit Chloroform, das ihr angeblich der Mitangeklagte Jodisch beibringt, betäubt bzw. einen Giftstoff in den Wein getan. Die Jankowski wurde, nachdem sie das Geständnis abgelegt hatte, infolge eines Vertriebens des Untersuchungsrichters wieder aus der Haft entlassen und in leitend spurlos verschwunden. Welchen Umfang dieses verbrecherischen Treiben der J. gehabt haben muß, geht daraus hervor, daß sich bei dem Kriminalkommissar Dr. Reimann noch eine große Anzahl goldener Uhren und Verdrängungen befinden, deren Besitzer sich aus gewissen Gründen noch nicht gemeldet haben. Das Gericht erkannte gegen Jankowski auf 2½ Jahre Zuchthaus, gegen Frau Jodisch auf 3 Monate un- gegen Brandenburg, der die erweiterten Schuldsachen angeklagt wurde, wegen Hehlerei auf 1½ Jahre Gefängnis.

Durch den infolge Strommangels bedingten geringeren Pfand des „Vorwärts“ können wir eine größere Anzahl Berichte über die Revolutionärer sowie andere wichtige Einsendungen leider nicht mehr zum Abdruck bringen.

Wir bitten die Einsender der Manuskripte, unsere Zwangslage bei d. stigen zu wöhlen.

Schnelle Fortführung des Untergrundbahnbaues.

Angefaßt der Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt und den Forderungen entsprechend, welche aus Arbeitnehmerkreisen laut geworden sind, hat der Magistrat sich der Notwendigkeit nicht verschlossen, auch der schnellen Fortführung des Untergrundbahnbaues zur Unterbringung von Erwerbslosen sehr Bemühen zu widmen, um so den Mittel- und den produktiven Erwerbslosen in Aussicht zu stellen. Die Ausschreibungen sind auch bereits erfolgt.

Zwecks Erwerb von Rechten zur dauernden Inanspruchnahme von Boroärten in der Gneisenaustraße für den Tunnel der Nord-Südbahn und Mobilisierung im Wege der Enteignung hat der Magistrat der Stadtverordneten-Versammlung jetzt eine Vorlage zugehen lassen mit dem Antrage, zuzustimmen, daß die in der Gneisenaustraße 2 bis 6a, 6b, sowie Halensee 68/69 liegenden Grundstücke für Einbauten im Wege der Enteignung erworben werden. Die Verteilung des Enteignungsrechtes ist beim Mobil-

